Sommarugas Ausbaupläne gehen einigen zu langsam

Das CO_2-Gesetz stürzte auch ab, weil es überladen war. Nun will der Bundesrat den Ausbau der Erneuerbaren und die Strommarktliberalisierung verknüpfen. Ist das wieder zu viel?

Lucien Fluri

BERN. Seit Monaten hört man oft nur eine Meinung, egal ob man bei Stromkonzernen nachfragt, bei Umweltverbänden oder der Aufsichtskommission Elcom: Sie warnen jeweils, die Ausbaupläne des Bundes für die Solar-, Wind- und Wasserkraft genügten nicht. Jedenfalls wenn die Schweiz auch in Zukunft im Winterhalbjahr genügend Strom haben will. Sie mahnen: Es muss mehr getan werden, wenn die Schweiz zunehmend auf Öl und Benzin verzichten will. Wenn Elektroautos die Benziner und wenn Wärmepumpen die Ölheizungen ersetzen sollen.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga gibt sich von dieser Kritik relativ unbeeindruckt. Gestern jedenfalls hat sie ihre Pläne zur künftigen Energieversorgung vorgestellt. Und sie hält grösstenteils an dem fest, was sie schon zuvor angekündigt hatte. Grundsätzlich ist die SP-Politikerin überzeugt: Die nun beschlossenen Massnahmen würden dafür sorgen, dass die einheimischen erneuerbaren Energien rasch ausgebaut werden.

Damit zeichnet sich bereits jetzt ab, dass das Parlament in dieser Vorlage bald noch einiges zu gestalten haben wird. Ein Hauptpunkt wird dabei die Frage sein, ob der Bundesrat mit seinem gestern vorgestellten Gesetz nicht das Fuder überlädt. Denn er hat ein Paket geschnürt: Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien behandelt die Vorlage auch die Strommarktliberalisierung – also die Frage, ob jeder Haushalt den Stromanbieter frei wählen kann. Beides soll zusammen behandelt werden.

2050

Im Jahr 2050 sollen die Schweizerinnen und Schweizer pro Kopf rund 50 Prozent weniger Energie verbrauchen. So sehen es die Pläne des Bundes vor.

Dies stösst auf Widerstand. Gerade mit Blick auf die Abstimmung zum CO_2-Gesetz, das am Sonntag an der Urne Schiffbruch erlitt. Die einhellige Meinung der unterlegenen Befürworter: Das Fuder war überladen; dieser Fehler darf nicht wiederholt werden. So sieht es tendenziell auch GLP-Präsident Jürg Grossen (BE). Er spricht sich dafür aus, die Liberalisierung des Strommarktes gesondert vom Energiegesetz zu prüfen. Denn mit linkem Widerstand gegen die Liberalisierung einerseits und rechtem Widerstand gegen Fördermittel andererseits, könnte das Geschäft sonst an der Urne scheitern.

Linke bereits gegen Liberalisierung

Und ja, die Opposition dürfte kommen: SP, Grüne und Gewerkschaften haben bereits angekündigt, dass sie die Strommarktliberalisierung bekämpfen werden. «Die Stromversorgung ist eine zentrale Dienstleistung für die Bevölkerung und muss es auch bleiben», sagt SP-Nationalrätin Martina Munz (SH). Eine Liberalisierung würde bei den Stromproduzenten Unsicherheit schaffen, obwohl gerade jetzt «dringend Investitionsgarantien» nötig wären.

Doch nun konkret: Was plant der Bundesrat? Das Gesetz sieht verbindliche Ausbauzielwerte für die Jahre 2035 und 2050 vor, bei Wind- und Wasserkraft sowie insbesondere der Solarenergie. Es gibt aber auch klare Vorgaben, wie stark der Einzelne seinen Energie- und Elektrizitätsverbrauch senken soll, nämlich um 50 Prozent bis 2050. Um den Ausbau zu erreichen, sollen bisher zeitlich begrenzte Fördermöglichkeiten bis 2035 verlängert werden. Statt des Einspeisevergütungssystems sind neu Investitionsbeiträge vorgesehen. Und gewisse Bereiche werden marktnäher ausgestaltet. Das heisst: Grosse Fotovoltaikprojekte werden mittels Wettbewerb ausgeschrieben. Die Finanzierung erfolgt weiterhin über den Netzzuschlag von 2,3 Rappen pro Kilowattstunde.

Sicherheit im Winter stärken

Gestärkt werden soll auch die Versorgungssicherheit im Winter. Sommaruga plant einen Winterzuschlag von maximal 0,2 Rappen pro Kilowattstunde, um Speicherkraftwerke zu finanzieren. Zudem soll es eine strategische Energiereserve geben.

Und noch ein Problem will Sommaruga angehen: Oft behindern Einsprachen Projekte. Sie habe einen runden Tisch zwischen Kantonen, Naturschutz und Strombranche organisiert, sagte die Umweltministerin. Gemeinsam sollen Lösungen gefunden werden.

Und die Kritik an den Plänen? Sie fehlte auch gestern nicht. Der Energiekonzern Axpo bemängelt etwa, dass die bestehenden Grosswasserkraftanlagen, mit 60 Prozent Produktionsanteil «das Rückgrat der Schweizer Stromversorgung», nicht mehr unterstützt werden sollen. Damit sei der Substanzerhalt gefährdet. Zudem biete das Ausland noch immer bessere Investitionsanreize. Die Grünen fordern noch mehr Energieeffizienz. Und die Schweizerische Energie-Stiftung kritisiert: «Die vorgesehenen Ausbauziele für 2035 sind deutlich zu tief. Wir brauchen mehr Tempo.»

Es gibt aber auch die andere Seite, diejenigen, die zufrieden sind mit Sommarugas Plänen. GLP-Präsident Jürg Grossen etwa. «Stossrichtung und Inhalte sind richtig», sagt der Berner Oberländer Energiespezialist, auch wenn das Gesetz nur ein Schritt auf dem Weg sei. Er ist zuversichtlich: «Wir haben genügend einheimische erneuerbare Energiequellen.» Für Grossen steht dabei, neben Stromeffizienzmassnahmen nun noch stärker der rasche Ausbau der Fotovoltaik im Zentrum. «Wenn wir zwei Drittel der geeigneten Flächen an Gebäuden nutzen können, sollte es reichen.» Zusätzlich brauche es auch in den Bergen und insbesondere an Hausfassaden Solarpanels, um im Winter genügend Strom zu haben.

> **«Die Stromversorgung ist eine zentrale Dienstleistung für die Bevölkerung und muss es auch bleiben.»**
> **Martina Munz**
> SP-Nationalrätin (SH)

Wichtige Frage ist auch: Wie rasch kann das Gesetz jetzt vom Parlament behandelt werden? Denn schon Ende 2022 laufen gewisse Fördermassnahmen aus. In Bern befürchtet man, dass die parlamentarischen Beratungen länger dauern können. Deshalb plant man nun bereits eine Übergangslösung.

Der Bundesrat setzt beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu grossen Teilen auf die Fotovoltaik. BILD KEY

Mit 100 000 Gletscher-Flaggen zur Klimaschweiz?

Das Nein zum CO_2-Gesetz war ein Schock für die Allianz FDP-Mitte-Linke. Wie soll es nun weitergehen, fragen sich die Parteien. Zum Rettungsanker wird die Gletscherinitiative. Doch dagegen gibt es Widerstand.

Othmar von Matt

BERN. Schon am Montag kommt es zur Express-Rettungsaktion nach dem Nein zum CO_2-Gesetz. Die Umweltkommission diskutiert mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga. «Wir suchen nach Lösungen, vor allem für die unmittelbar auslaufenden Punkte des CO_2-Gesetzes», sagt Präsident Bastien Girod.

Abgesehen von diesem kleinen Kompromiss stellt sich aber die grosse Frage: Wie geht es in der Klimapolitik weiter? Für FDP-Ständerat Ruedi Noser ist klar: Die Gletscherinitiative ist der Rettungsanker. «Es geht nun darum, mit ihr oder mit dem Gegenvorschlag das Pariser Abkommen in der Schweiz zu legitimieren», sagt er. «Sobald wir diese Legitimation haben, können wir wieder ein CO_2-Gesetz ausarbeiten.»

Auch Grünen-Präsident Balthasar Glättli orientiert sich an der Gletscherinitiative. «Sie ist massvoll», sagt er. Noser wie Glättli gehören dem Komitee der Initiative an. Dieses ist politisch breit abgestützt, mit Vertretern von FDP bis zu den Grünen – mit Mitte-Ständerat Stefan Engler, GLP-Nationalrätin Isabelle Chevalley und SP-Nationalrätin Claudia Friedl. FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro, vielleicht bald neue FDP-Präsidentin, sitzt zwar nicht im Komitee, doch auch sie zählt zu den Unterstützerinnen.

Die Initiative ist finanziell potent

Die Gletscherinitiative ist ein Riese, der aus dem Schlaf erwacht. Vom Mobilisierungspotenzial her ist sie mit der Konzernverantwortungsinitiative (KVI) vergleichbar. Der Verein Klimaschutz als Trägerin hat zehn Mitarbeiter und zählt 2500 Mitglieder. Er kann gegen 50 000 Aktivisten und Sympathisantinnen mobilisieren. Auch finanziell ist er potent: 2019 nahm er 755 000 Franken ein, 2020 545 000 Franken. Der ganz grosse Teil sind Privatspenden. Die Initianten arbeiten eng mit der Wissenschaft zusammen. Der Beirat umfasst 28 Wissenschaftler, darunter Reto Knutti, Professor für Klimaphysik. Auch Persönlichkeiten wie Ballon-Weltumsegler Bertrand Piccard, Musiker Bastian Baker, Rapper Greis und Schriftsteller Peter Stamm unterstützen die Initiative. Sie ist eng mit der Klima-Allianz vernetzt, die über 100 Organisationen umfasst wie Greenpeace und WWF. Sie zahlen aber, anders als bei der KVI, kein Geld an die Initiative. Gegründet wurde der Trägerverein am 25. August 2018. Die Klimastreiks in der Schweiz waren Monate entfernt – und die Forderungen der Initiative galten als radikal: Sie will Netto-Null bis 2050 wie das Pariser Abkommen. Bis 2050 sollen also unter dem Strich keine Treibhausgase mehr produziert werden. Gleichzeitig fordert sie ein

> **«Es geht nun darum, mit der Initiative oder mit dem Gegenvorschlag das Pariser Abkommen in der Schweiz zu legitimieren.»**
> **Ruedi Noser**
> FDP-Ständerat (ZH)

Verbot für fossile Energien ab 2050 und einen mindestens linearen Absenkpfad.

Inzwischen haben Klimastreik und Junge Grüne die Gletscherinitiative in Sachen Radikalität längst überholt. Der Klimastreik fordert Netto-Null bis 2030, die Jungen Grünen planen eine «Umweltverantwortungsinitiative», mit der die Schweiz nur so viele Ressourcen verbrauchen dürfte, dass die Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Die Idee zur Gletscherinitiative stammt zwar aus den Städten. Gegründet wurde sie aber mit Menschen aus der ganzen Schweiz in den Bergen, am Steingletscher südlich des Sustenpasses. «Wir sind genauso auf dem Land zu Hause wie in der Stadt», sagt Michèle Andermatt, Verantwortliche für Politik beim Verein Klimaschutz. Die Initianten wollen die Klimafrage «zur gesellschaftlichen statt zur politischen Frage» machen, sagt sie. Es gehe um eine Frage der Zukunft. «Bringen wir die Schweiz auf Klimakurs, bietet sich Zukunftssicherheit auch nach 2050.»

Im August behandelt der Bundesrat die Botschaft zur Gletscherinitiative – mit einem direkten Gegenvorschlag: Anders als die Initiative will die Regierung kein Verbot für fossile Energien ab 2050. In der zweiten Hälfte 2022 könnte es zur Abstimmung kommen.

Im Initiativkomitee gibt es aber unterschiedlich Auffassungen darüber, wie die Initiative nach dem Nein zum CO_2-Gesetz eingesetzt werden soll. Noser und der Trägerverein wollen mit ihr das Pariser Abkommen legitimieren. Grünen-Präsident Glättli hingegen setzt auf einen Massnahmenkatalog auf Gesetzesebene – via indirektem Gegenvorschlag des Parlaments. «Damit könnten wir Nägel mit Köpfen machen», sagt Glättli. «Sollte das Massnahmenpaket später auf Gesetzesebene am Referendum scheitern, käme die Gletscherinitiative zur Abstimmung.»

Noch «unschlüssig» über die Rolle der Gletscherinitiative ist hingegen SP-Fraktionschef Roger Nordmann. Und SVP-Nationalrat Imark hat schwere Vorbehalte gegen die Idee, die Gletscherinitiative zum Rettungsanker der Klimapolitik zu machen. «Wenn die Befürworter des abgelehnten CO_2-Gesetzes jetzt die Gletscher-Initiative als Rechtfertigung für ihre gescheiterte Umverteilungs- und Verteuerungspolitik nehmen wollen», sagt der Sieger der CO_2-Abstimmung, «dann haben sie nichts gelernt und nehmen das Votum der Bevölkerung nicht ernst.»

Die Initianten jedenfalls planen, die Schweiz mit über 100 000 Gletscher-Fahnen beflaggen. 20 000 haben sie schon bei der Unterschriftensammlung in Umlauf gesetzt. Schon bald, sagt Michèle Andermatt, sollen die Fahnen aber auch in den hintersten Winkeln des Landes zu sehen sein.

Wir schauen hier oben schon selbst

Oft ging es im Abstimmungskampf um das CO_2-Gesetz um die besonders betroffenen Berggebiete, doch ausgerechnet dort wurde es vielerorts haushoch verworfen. Weshalb? Eine Spurensuche in Adelboden.

Dominic Wirth

ADELBODEN. Wie früher ist es nicht mehr, das ist auch Erwin Oester schon aufgefallen. «Es tut sich etwas», sagt der Adelbodner. Er sitzt auf seinem Balkon, lässt den Blick schweifen, zu den Bergen, die hier oben ganz nah sind. Den Adelbodner Hausgletscher sieht Oester von seinem Hof aus zwar nicht. Aber er weiss auch so, dass der Wildstrubel-Gletscher kleiner geworden ist in den letzten Jahren. Und natürlich tut ihm das weh, so wie vielen Leuten in Adelboden.

Erwin Oester ist bald 40 Jahre alt, in Adelboden geboren und aufgewachsen. Er führt einen Bauernhof, und weil das allein nicht zum Leben reicht, führt er auch eine Bergbahn. Oester hat zwei Berufsleben, und in beiden spielt die Natur eine gewaltige Rolle. Als Bauer hat er gemerkt, dass die Pflanzen länger wachsen. Als Bergbahnbetreiber, dass der Schnee seltener wird. Das Bauernhaus, in dem er gerade auf dem Balkon sitzt, bewohnt er mit seiner Frau und den sechs Kindern, von denen eines vielleicht dereinst den Hof übernehmen wird.

Als die Schweiz über das CO_2-Gesetz abgestimmt hat, das etwas dazu beitragen soll, das Klima zu schützen, da hat Erwin Oester ein Nein eingelegt. Ein entschlossenes noch dazu. Im Abstimmungskampf ging es oft um Gletscher, um Murgänge, um fehlenden Schnee. Die Umweltministerin Simonetta Sommaruga betonte, wie die Schweiz unter dem Klimawandel leidet. Sie implizierte damit, dass es bei der Abstimmung auch darum gehe, die schöne Landschaft zu retten, vor allem die in den Bergen.

Doch ausgerechnet die, die gerettet werden sollten, lehnten das Klimagesetz wuchtig ab. Leute wie Erwin Oester aus Adelboden, Berner Oberland, Einwohnerzahl etwa 3300. Der Nein-Anteil im Dorf: 77,3 Prozent. Die Stimmbeteiligung? Gewaltige 75 Prozent. So wie in Adelboden sah das vielerorts aus im Berggebiet. Nicht überall war die Sache so deutlich. Doch die Rufe aus den Alpen waren letzten Sonntag unüberhörbar. Nein aus Zermatt. Nein aus Andermatt. Nein aus dem Engadin. Nein, und das besonders lautstark, aus dem Berner Oberland.

Was ist da passiert?

Die Frage geht an Erwin Oester, den sechsfachen Vater, der jünger wirkt, als er tatsächlich ist. Zu ihm gibt es noch zu sagen, dass er der Präsident der SVP-Sektion Adelboden ist. Jener Partei also, die das CO_2-Gesetz quasi im Alleingang gebodigt hat, gegen alle Parteien, gegen den Grossteil der Wirtschaft, auch: gegen den Bauernverband. Allerdings, sagt Bauer Oester, sei das alles nicht so wichtig im Berner Oberland.

Dann erzählt er, wie viel für das Klima schon getan wird in den Bergen. Er zeigt auf seine Sonnenkollektoren, erzählt von der Holzheizung, seinem Biohof, den Öko-Flächen, rund 40 Prozent. «Ich bin der Ansicht, dass ich meinen Teil leiste, und zwar aus eigenem Antrieb, ohne staatlichen Zwang», sagt er. So wie ihm gehe es vielen in der Gegend. Man schätze die Natur, unternehme viel für ihren Schutz. Aber man wolle keine höheren Abgaben, von denen man dann nicht wisse, wie viel in der Verwaltung versickert. «Die Gesellschaft müsste sich als Ganzes verändern», sagt er, «und alle müssten die Konsequenzen tragen.»

Oesters Hof liegt in einem der Weiler, die Adelboden umgeben. Man kennt das Dorf im ganzen Land für seine Skirennen, ein Slalom und ein Riesenslalom, jeden Winter zu Beginn des Januars auf dem Chuenisbärgli. Hans Pieren ist den steilen Hang als junger Rennfahrer einst selbst heruntergefahren. Später wurde er Rennleiter des Rennens in seinem Heimatdorf.

Fast 30 Jahre macht er das mittlerweile schon, und über die Jahre hat er festgestellt, dass es immer schwieriger wird, eine gute Piste zu präparieren am Chuenisbärgli. Die Wärme, der fehlende Schnee machen ihm zu schaffen. Das Kennen, das jährlich mehrere Millionen ganz reale Franken ins Dorf bringt und noch viel mehr an Werbeeffekt, hat schwer mit dem Klimawandel zu kämpfen. Und doch wollen die Adelbodner kein neues Klimagesetz.

Was ist da passiert, Herr Pieren?

Pieren beginnt mit einer Geschichte. Einst habe er bei seinem Sohn übernachtet, in Bern, weil er am nächsten Tag früh zum Flughafen musste. Am Abend habe er gefragt, wie der Fahrplan aussehe. Den brauche er nicht, beschied ihm dieser. «Und so war es dann auch: Ich stand um halb sechs Uhr morgens da, zuerst kam ein Tram, drei Minuten später wäre ein Bus gefahren», sagt Pieren, «ich konnte es nicht glauben.»

Was er damit sagen will: In der Stadt geht es vielleicht ohne Auto. Und damit auch mit den höheren Benzinpreisen, die das CO_2-Gesetz gebracht hätte. Aber eben nicht im Berggebiet. Pieren sagt, die Oberländer machten viel, um im Einklang mit der Natur zu leben, und sie wüssten sehr gut, wie wichtig sie auch für den Tourismus sei. «Jetzt hatten sie den Eindruck, dass man ihnen einmal mehr dreinreden und das Leben in den Bergen noch teurer und komplizierter machen will», sagt Pieren. Er selbst nahm nicht teil an der Abstimmung, weil er im Frühsommer jeweils ein paar Wochen im Ferienhaus in Andalusien weilt.

Im Berner Oberland gab es viele Nein-Stimmen, doch es gibt dort auch: Jürg Grossen. Er ist Nationalrat für die Grünliberalen und deren Präsident, dazu auch von Swissolar und Swiss e-Mobility, also der Sonnenenergie- und der Elektromobilitätslobby. Er ist eines der Gesichter der Klimadebatte. Und Grossen kommt aus Frutigen, der Nachbargemeinde von Adelboden. Doch selbst dort, in seinem eigenen Dorf, sagten 72 Prozent Nein. Wenn er, der Einheimische, es nicht schafft, die Oberländer vom CO_2-Gesetz zu überzeugen – wer dann?

Was ist da passiert, Herr Grossen?

Zuerst einmal schluckt Grossen leer, als er sich nochmals all die Zahlen anhören muss, 77 Prozent Ablehnung in Adelboden, 72 Prozent in Frutigen. «Ernüchternd», sagt er. Und erzählt dann, dass er schon seit mehr als zehn Jahren daran arbeite, in seiner Heimat zu vermitteln, warum Klimaschutz für diese Region wichtig und mit «so viel Wasser, Holz und Sonne» gar eine grosse Chance sei. Aber es gelinge ihm noch zu wenig. Grossen sagt, gerade in den Berggebieten hätten viele vom neuen CO_2-Gesetz profitiert, auch finanziell, etwa über die Rückerstattung von Abgaben. «Doch leider haben wir es nicht geschafft, das zu vermitteln», so der Frutiger, der nicht darum denkt, seine Mission aufzugeben. Er will nun auf eine Politik der kleinen Schritte setzen.

Bauer Erwin Oester hat überzeugt gegen das CO_2-Gesetz gestimmt. BILD BRITTA GUT